

Stromtrassen als Nadelöhr

Das Ehepaar Schütt sieht die Energiewende unter den gegebenen Umständen mehr als kritisch

VON KLAUS RESCHKE

Lüneburg/Strothe. „Ist das nicht ein toller Ausblick?“, fragt Michael Schütt, während er seinen Blick über die Weite der Wiesen und Felder streifen lässt. Vor einigen Jahren sind der Ingenieur und seine Familie von Hamburg in das kleine Strothe im Landkreis Uelzen gezogen. „Der Natur und der Ruhe wegen“, sagt Schütt und betont: „Eine Entscheidung, die wir ganz bewusst getroffen hatten.“

Dass jetzt ausgerechnet die von der Politik propagierte Energiewende aus ihrer Sicht Landschaft und Natur bedroht, können Michael Schütt und seine Frau Gertje daher nur schwer nachvollziehen. Aber: Rund um Strothe, Groß Thondorf sowie in den Gemeinden Himbergen und Römstedt sollen bereits bestehende Windkraftanlagen nicht nur repowert werden, „sondern zusätzlich auch neue Windparks entstehen“, geben die beiden zu bedenken. „In Gebieten also, die inzwischen zum Teil als Landschafts- oder Naturschutzgebiete, beziehungsweise als FFH-Flächen ausgewiesen sind“, kritisiert Gertje Schütt, von Beruf Rechtsanwältin. Beim Landkreis Uelzen hat sie Antrag auf Akteneinsicht nach dem niedersächsischen Umweltinformationsgesetz beantragt.

Dass die Windmühlen in zum Teil wertvollen Schutzgebieten aufgestellt werden sollen, ist aus Sicht der Schütts aber nur ein Problem. Ein viel größeres stellt für das Ehepaar die 110kV-Ringleitung der Netzbetreiberin Avacon AG dar, an die die Windenergieanlagen angeschlossen werden. „Diese Leitung ist der limitierende Faktor“, mahnen Gertje und Michael Schütt und betonen: „Das betrifft auch Anlagen, deren Strom im Landkreis Lüneburg eingespeist wird.“

Ohne Abschalten geht es nicht

Aktuell sind nach den Recherchen der Schütts Windenergieanlagen mit einer Gesamtnennleistung von mehr als 1000 Megawatt an die 110kV-Leitung angeschlossen. Dazu komme noch der eingespeiste Strom aus Photovoltaikanlagen. „Die Probleme



Die Eheleute Gertje und Michael Schütt aus Strothe kritisieren den ungebremsten Ausbau der Windenergie.

noch kein Autor

matik ist in Wahrheit also noch viel größer und führt im Ergebnis dazu, dass Anlagen, um eine Überlastung des Netzes zu verhindern, zwischenzeitlich abgeschaltet werden müssen“, verdeutlicht Gertje Schütt. Ihr Mann Schütt spricht in diesem Zusammenhang von „Kannibalen-Windrädern“. „Wenn sich ein Windrad dreht, muss ein anderes dafür abgeschaltet werden!“ Aber der Anblick von Windenergieanlagen, die sich nicht drehen, führt nach den Erfahrungen des Strother Ehepaares dazu, „dass die Akzeptanz der Bevölkerung in die Energiewende schwindet.“

In der Tat müssen die Übertragungsnetzbetreiber täglich den Strombedarf anpassen: Die Kraftwerksbetreiber melden den Übertragungsnetzbetreibern verbindlich an, wie sie am Folgetag ihre Kapazitäten einplanen. Welches Kraftwerk wird wann wie viel Leistung ins Netz einspeisen? Ergibt die Auswertung dieses Dispatch, dass Engpässe drohen, oder kommt es tatsächlich kurzfristig zu Überlastungen, fordern die Übertragungsnetzbetreiber von den Kraftwerksbetreibern die Änderung ihrer Fahrpläne, also den Redispatch – was unter anderem die vorübergehende Abschaltung von Anlagen bedeuten kann.

Die Stabilisierung des deutschen Stromnetzes war beispielsweise im Jahr 2022 so teuer wie nie zuvor: 4,2 Milliarden

„Wenn sich ein Windrad dreht, muss ein anderes dafür abgeschaltet werden.“

Michael Schütt

Euro musste die Stromwirtschaft aufwenden, um Netzengpässen entgegenzuwirken. Im Vorjahr waren es noch 2,3 Milliarden Euro gewesen.

Eine Rekordmenge von gut acht Milliarden Kilowattstunden Strom aus erneuerbaren Energien (Vorjahr: 5,8 Milliarden) wurde im Jahr 2022 wegen Netzengpässen abgeregelt. Das betraf überwiegend die Windkraft auf See (51 Prozent) und die Windkraft an Land (39 Prozent). Statt also immer neue Windparks zu errichten, müsste nach Meinung der Schütts und ihrer Mitstreiter zunächst der Ausbau des Netzes favorisiert werden. Aber: „Es gibt keine aktuellen Planungen, diese regionale Stromtrasse zu ertüchtigen oder eine lastfähigere Stromtrasse in der Region zu bauen“, sagt Gertje Schütt.

Avacon startet die Vorplanung

Auf LZ-Anfrage sagt dazu ein Sprecher der Avacon: „Für die Ertüchtigung des Wendlandrings wurde seitens der Avacon mit der Vorplanung eines ersten Teilschnittes im Bereich zwischen Lüneburg-Hafen und Dannenberg begonnen. Mit ersten Baumaßnahmen ist nach einem Planverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung voraussichtlich nicht vor Ende 2030 zu rechnen.“ Dass eine Ertüchtigung des Netzes notwendig ist, bestätigt auch der Energieversorger, denn

schon heute sei nahezu die gesamte Leitung eine sogenannte Engpassregion. „Wir würden uns daher natürlich auch wünschen, dass der Ausbau des Netzes und der Bau von Windparks stärker synchronisiert werden“, betont der Avacon-Sprecher weiter.

Wie viele Anlagen in nächster Zeit an die 110kV-Leitung noch angeschlossen werden sollen, vermag auch der Avacon-Sprecher nicht zu sagen: „Insgesamt sind mehrere Gigawatt an Einspeiseleistung entlang der Ringleitung Lüneburg-Lüchow-Stadtfeld angefragt worden. Davon befinden sich einige Anlagen bereits in Betrieb, weitere werden innerhalb der nächsten Jahre ans Netz angeschlossen, und ein weiterer Teil wurde bisher nur unverbindlich angefragt. Da regelmäßig neue Netzanschlussanfragen bei uns eingehen, ändern sich diese Zahlen allerdings fortlaufend“, betont er.

Für Juristin Gertje Schütt stellt sich dagegen eine ganz andere Frage: Windenergieanlagen im Außenbereich seien nämlich nur dann privilegierte Bauvorhaben, wenn sie auch in der Lage seien, Strom zu produzieren und einzuspeisen. „Der Bau eines Windparks mit Anschluss an eine Stromtrasse, deren Kapazität aber bereits ausgelastet ist, erfüllt diese Voraussetzung nicht“, mahnt die Rechtsanwältin. Mit hin sei der Bau von solchen Anlagen im Außenbereich auch nicht genehmigungsfähig.

LÜNEBURG

Kinderschutzbund braucht noch Helfer

Der Kinderschutzbund Lüneburg bietet seit einigen Jahren an einem Nachmittag in der Woche eine Hausaufgabenhilfe für Grundschulkindern mit Migrationshintergrund an. Nun ist das Team für dieses Projekt allerdings zu klein geworden. Um die Unterstützung weiterhin anbieten zu können, würde sich der Kinderschutzbund aus diesem Grund über neue ehrenamtliche Helfer freuen. An der Aufgabe Interessierte können sich telefonisch unter (04131) 82882 oder per E-Mail an info@kinderschutzbund-lueneburg.de melden. lz

Ein Politiktraining soll Lust machen auf die Kommunalwahl im kommenden Jahr

Lüneburg. „Nicht nur meckern, einfach machen!“ lautet das Motto, unter dem die Sozialdemokraten im Landkreis Lüneburg zu einem Politiktraining in Vorbereitung auf die Kommunalwahl im Jahr 2026 einladen. Das Programm richtet sich an alle interessierten Bürger des Landkreises, die mit dem Gedanken spie-

len, sich kommunalpolitisch zu engagieren. Vermittelt werden sollen neben den Grundlagen der Kommunalpolitik auch persönliche Fähigkeiten, wie Rhetorik oder Wahlkampfwissen.

„Wir haben uns Gedanken gemacht, welche Fähigkeiten für ein kommunales Mandat eigentlich gebraucht werden. Hier wollen wir ansetzen und konkret die Inhalte vermitteln, die in den Räten von Bedeutung sind“, sagt Karoline Feldmann, Co-Vorsitzende der SPD im Landkreis und Schirmherrin des Projekts. Bei fünf Terminen, jeweils samstags von 10 bis 14 Uhr, wird den Teil-

nehmern ein Crashkurs in Kommunalpolitik angeboten.

Zu Beginn steht eine grundlegende Einführung in die Arbeitsweise der kommunalen Gremien. Auf dieses Wissen wird dann aufgesetzt, beispielsweise mit einem Modul zur Identifizierung von kommunalen Themen oder zu Finanzen in der Ratsarbeit. Bei den Seminaren berichten Referenten von ihren Erfahrungen.

„Zudem ist es uns ein Anliegen, dass der Anteil von Frauen in Kommunalparlamenten steigt, um dem weiblichen Blick auf politische Themen mehr Raum zu verschaffen. Wir wol-

len gezielt Frauen ansprechen und motivieren. Deshalb veranstalten wir vor dem eigentlichen Programmbeginn noch ein Vernetzungsfrühstück, zu dem wir alle interessierten Frauen einladen“, ergänzt Karoline Feldmann.

Weitere Informationen zu den unterschiedlichen Modulen, den einzelnen Terminen und den Anmeldemodalitäten können unter www.spd-lueneburg.de im Internet eingesehen werden. Bei Fragen können sich potenzielle Teilnehmer per Mail an lueneburg@spd.de oder unter (04131) 33118 melden. lz

SPD sucht neues Personal